

Einverständniserklärung

zur Feststellung von Sozialleistungen und zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch

Daten zum/zur Antragsteller/in (Sorgeberechtigte/r):

Name, Vorname	Nationalität
---------------	--------------

Ich beantrage für das Kind

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Bitte ankreuzen!

- zur Erteilung von Auskünften nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I und zur Vorlage von Beweisurkunden nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB I

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung, dass die unten genannten Personen, Stellen und Institutionen alle zur Feststellung von Leistungsansprüchen nach den §§ 28 SGB II; 34 SGB XII oder 6b BKGG i. V. m. § 28 SGB II erforderlichen Auskünfte erteilen können und die dazu erforderlichen Belege, Bescheide und Unterlagen vorlegen.

Jobcenter Wartburgkreis, Erzberger Allee 12, 36433 Bad Salzungen	in Bezug auf die Gewährung von Leistungen nach dem SGB II, den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft, möglichem übersteigenden Einkommen, den Bewilligungszeitraum von Leistungen nach dem SGB II, der Einstellung von Leistungen nach dem SGB II
Wohngeldstelle, Landratsamt Wartburgkreis, Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen	in Bezug auf die Gewährung von Wohngeld, dem Bewilligungszeitraum, der Einstellung von Wohngeldleistungen
Familienkasse Sachsen-Anhalt - Thüringen, 06073 Halle	in Bezug auf die Gewährung und der Leistungsdauer von Kinderzuschlag
Jugendamt, Landratsamt Wartburgkreis, Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen	bezüglich der Teilnahme an der bewilligten ergänzenden angemessenen Lernförderung im Zusammenhang mit vorrangigen Leistungen gemäß § 35 a SGB VIII; bezüglich der Teilnahme an sozialer und kultureller Teilhabe im Zusammenhang mit vorrangigen Leistungen des Jugendamtes
Schulverwaltungsamt, Landratsamt Wartburgkreis, Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen	bezüglich der möglichen Notwendigkeit der Schülerbeförderung; bezüglich der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsversorgung zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten
Versorgungsamt Wartburgkreis, Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen	in Bezug auf die Gewährung von Leistungen nach dem AsylbLG, den Bewilligungszeitraum von Leistungen nach dem AsylbLG, der Einstellung von Leistungen nach dem AsylbLG
Sonstige:	

zum Sozialgeheimnis und Datenschutz

Im Umfang der erforderlichen Auskunftserteilung befreie ich den oben genannten Sozialleistungsträger vom Sozialgeheimnis und erteile insofern meine datenschutzrechtliche Einwilligung zur evtl. notwendigen Offenbarung von personenbezogenen Daten. Die Einwilligung erstreckt sich auf unten genannte Leistungsanbieter entsprechend der beantragten Leistung.

Kindertagesstätten:	in Bezug auf die Teilnahme an mehrtägigen und/oder eintägigen Ausflügen mit der Kindertagesstätte; der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsversorgung jeweils zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten
Schulen:	in Bezug auf die Teilnahme an mehrtägigen und/oder eintägigen Schulausflügen; des Vorhandenseins der Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf; der möglichen Notwendigkeit der Schülerbeförderung; der Notwendigkeit einer ergänzenden angemessenen Lernförderung; der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsversorgung; der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben; jeweils zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten
Anbieter von Lernförderung:	der Teilnahme an der bewilligten ergänzenden angemessenen Lernförderung jeweils zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten
Essensanbieter:	der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsversorgung jeweils zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten;
Vereine/Verbände/ Musikschulen etc.:	hinsichtlich der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben (im Bezug auf Vereinsmitgliedschaft; Teilnahme an künstlerischen Fächern bzw. vergleichbaren angeleiteten; Aktivitäten und der Teilnahme an Freizeiten) jeweils zum Zwecke der Abrechnung und Übernahme der Kosten

Hinweise auf gesetzliche Bestimmungen

Auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die gesetzlichen Mitwirkungspflichten nach §§ 60, 66 SGB I, die Grundsätze der Überprüfung der gesetzlichen Leistungsvoraussetzungen nach §§ 20 – 21 SGB X und die Folgen von sich daraus ergebenden Pflichtverletzungen wurde ich informiert. Mir wurde eine Ausfertigung dieser Erklärung mit Abdruck der genannten Bestimmungen ausgehändigt.

Abtretungserklärung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Abrechnung der Leistungen (Mittagessen, Ausflüge und Klassenfahrten, soziale und kulturelle Teilhabe, Lernförderung) grundsätzlich direkt an den Leistungsanbieter erfolgt. Zahlungen an mich als Antragsteller (z.B. rückwirkende Leistungen, Schulbedarf, Schülerbeförderung) bitte ich auf folgende Bankverbindung zu überweisen:

Bankinstitut/Kreditinstitut:	
IBAN:	
BIC:	

Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in bzw. gesetzlicher Vertreter

Auszug aus wichtigen gesetzlichen Bestimmungen zur umseitigen Erklärung

Auszug aus dem SGB I Mitwirkungspflichten

§ 60 Angabe von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangendes zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweismittel vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Satz 1 gilt entsprechend für denjenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

(2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 66 Folgen fehlender Mitwirkung

(1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.

(2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

(3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Auszug aus dem SGB X - Sachverhaltsermittlung

§ 20 Untersuchungsgrundsatz

(1) Die Behörde ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen. Sie bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen; an das Vorbringen und an die Beweisanträge der Beteiligten ist sie nicht gebunden.

(2) Die Behörde hat alle für den Einzelfall bedeutsamen, auch die für die Beteiligten günstigen Umstände zu berücksichtigen.

(3) Die Behörde darf die Entgegennahme von Erklärungen oder Anträgen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, nicht deshalb verweigern, weil sie die Erklärung oder den Antrag in der Sache für unzulässig oder unbegründet hält.

§ 21 Beweismittel

(1) Die Behörde bedient sich der Beweismittel, die sie nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält. Sie kann insbesondere

1. Auskünfte jeder Art einholen,
2. Beteiligte anhören, Zeugen und Sachverständige vernehmen oder die schriftliche oder elektronische Äußerung von Beteiligten, Sachverständigen und Zeugen einholen,
3. Urkunden und Akten beiziehen,
4. den Augenschein einnehmen.

(2) Die Beteiligten sollen bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken. Sie sollen insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine weitergehende Pflicht, bei der Ermittlung des Sachverhalts mitzuwirken, insbesondere eine Pflicht zum persönlichen Erscheinen oder zur Aussage, besteht nur, soweit sie durch Rechtsvorschrift besonders vorgesehen ist.

(3) Für Zeugen und Sachverständige besteht eine Pflicht zur Aussage oder zur Erstattung von Gutachten, wenn sie durch Rechtsvorschrift vorgesehen ist. Eine solche Pflicht besteht auch dann, wenn die Aussage oder die Erstattung von Gutachten im Rahmen von § 407 der Zivilprozessordnung zur Entscheidung über die Entstehung, Erbringung, Fortsetzung, das Ruhen, die Entziehung oder den Wegfall einer Sozialleistung sowie deren Höhe unabweisbar ist. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Recht, ein Zeugnis oder ein Gutachten zu verweigern, über die Ablehnung von Sachverständigen sowie über die Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige gelten entsprechend. Falls die Behörde Zeugen, Sachverständige und Dritte herangezogen hat, erhalten sie auf Antrag in entsprechender Anwendung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes eine Entschädigung oder Vergütung; mit Sachverständigen kann die Behörde eine Vergütung vereinbaren.

(4) Die Finanzbehörden haben, soweit es im Verfahren nach diesem Gesetzbuch erforderlich ist, Auskunft über die ihnen bekannten Einkommens- oder Vermögensverhältnisse des Antragstellers, Leistungsempfängers, Erstattungspflichtigen, Unterhaltsverpflichteten, Unterhaltsberechtigten oder der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder zu erteilen.

§ 22 Vernehmung durch das Sozial- oder Verwaltungsgericht

(1) Verweigern Zeugen oder Sachverständige in den Fällen des § 21 Abs. 3 ohne Vorliegen eines der in den §§ 376, 383 bis 385 und 408 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gründe die Aussage oder die Erstattung des Gutachtens, kann die Behörde je nach dem gegebenen Rechtsweg das für den Wohnsitz oder den Aufenthaltsort des Zeugen oder des Sachverständigen zuständige Sozial- oder Verwaltungsgericht um die Vernehmung ersuchen.

Befindet sich der Wohnsitz oder der Aufenthaltsort des Zeugen oder des Sachverständigen nicht am Sitz eines Sozial- oder Verwaltungsgerichts oder einer Zweigstelle eines Sozialgerichts oder einer besonders errichteten Kammer eines Verwaltungsgerichts, kann auch das zuständige Amtsgericht um die Vernehmung ersucht werden. In dem Ersuchen hat

die Behörde den Gegenstand der Vernehmung darzulegen sowie die Namen und Anschriften der Beteiligten anzugeben. Das Gericht hat die Beteiligten von den Beweisterminen zu benachrichtigen.

(2) Hält die Behörde mit Rücksicht auf die Bedeutung der Aussage eines Zeugen oder des Gutachtens eines Sachverständigen oder zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage die Beeidigung für geboten, kann sie das nach Absatz 1 zuständige Gericht um die eidliche Vernehmung ersuchen.

(3) Das Gericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit einer Verweigerung des Zeugnisses, des Gutachtens oder der Eidesleistung.

(4) Ein Ersuchen nach Absatz 1 oder 2 an das Gericht darf nur von dem Behördenleiter, seinem allgemeinen Vertreter oder einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes gestellt werden, der die Befähigung zum Richteramt hat oder die Voraussetzungen des § 110 Satz 1 des Deutschen Richtergesetzes erfüllt.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch

§ 263 Betrug

(1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Urkundenfälschung oder Betrug verbunden hat,

2. einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt oder in der Absicht handelt, durch die fortgesetzte Begehung von Betrug eine große Zahl von Menschen in die Gefahr des Verlustes von Vermögenswerten zu bringen,

3. eine andere Person in wirtschaftliche Not bringt,

4. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht oder

5. einen Versicherungsfall vortäuscht, nachdem er oder ein anderer zu diesem Zweck eine Sache von bedeutendem Wert in Brand gesetzt oder durch eine Brandlegung ganz oder teilweise zerstört oder ein Schiff zum Sinken oder Stranden gebracht hat.

(4) § 243 Abs. 2 sowie die §§ 247 und 248a gelten entsprechend.

(7) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer den Betrug als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig begeht.

(6) Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

(7) Die §§ 43a und 73d sind anzuwenden, wenn der Täter als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat. § 73d ist auch dann anzuwenden, wenn der Täter gewerbsmäßig handelt.

Auszug aus dem Bundesdatenschutzgesetz

§ 4 Zulässigkeit der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung

(1) Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten sind nur zulässig, **soweit dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaubt oder anordnet oder der Betroffene eingewilligt hat.**

(2) Personenbezogene Daten sind beim Betroffenen zu erheben. Ohne seine Mitwirkung dürfen sie nur erhoben werden, wenn

1. eine Rechtsvorschrift dies vorsieht oder zwingend voraussetzt oder

2. a) die zu erfüllende Verwaltungsaufgabe ihrer Art nach oder der Geschäftszweck eine Erhebung bei anderen Personen oder Stellen erforderlich macht oder

b) die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden.

(3) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen erhoben, so ist er, sofern er nicht bereits auf andere Weise Kenntnis erlangt hat, von der verantwortlichen Stelle über

1. die Identität der verantwortlichen Stelle,

2. die Zweckbestimmungen der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung und

3. die Kategorien von Empfängern nur, soweit der Betroffene nach den Umständen des Einzelfalles nicht mit der Übermittlung an diese rechnen muss,

zu unterrichten. Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen aufgrund einer

Rechtsvorschrift erhoben, die zur Auskunft verpflichtet, oder ist die Erteilung der Auskunft Voraussetzung für die Gewährung von Rechtsvorteilen, so ist der Betroffene hierauf, sonst auf die Freiwilligkeit seiner Angaben hinzuweisen. Soweit nach den Umständen des Einzelfalles erforderlich oder auf Verlangen, ist er über die Rechtsvorschrift und über die Folgen der Verweigerung von Angaben aufzuklären.

§ 4a Einwilligung

(1) **Die Einwilligung ist nur wirksam, wenn sie auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruht.** Er ist auf den vorgesehenen Zweck der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sowie, soweit nach den Umständen des Einzelfalles erforderlich oder auf Verlangen, auf die Folgen der Verweigerung der Einwilligung hinzuweisen. **Die Einwilligung bedarf der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Soll die Einwilligung zusammen mit anderen Erklärungen schriftlich erteilt werden, ist sie besonders hervorzuheben.**